

Zweifel an der Kosten/Nutzen-Rechnung

Zum Kommentar „Neu kalkulieren“, LN vom 6.9.13: Wo sollen die prognostizierten Arbeitsplätze entstehen, zumal wenn von der IHK zu Lübeck Vorschläge kommen wie der, Tunnelröhren für eine eventuelle Sundquerung „aus Kostengründen“ doch gleich durch Femern A/S in Dänemark (sprich China) fertigen zu lassen? Auch den letzten Befürworter des Projektes müssen langsam Zweifel an der Solidität der Kosten/Nutzen-Berechnung beschleichen. Es geht nicht darum, das Gesicht zu wahren; es geht um eine stichhaltige Neuberechnung unter Zugrundelegung ehrlicher und realistischer Fakten und Erhebungen.

Das bedeutet, dass Deutschland und Dänemark, wie es der Vertrag beinhaltet, neu verhandeln mit dem Ziel eines einvernehmlichen Ausstiegs aus diesem unseligen Vertragswerk. Politischer Wille

und solide Wirtschaftlichkeit müssen sich die Waage halten. Geben wir der Vernunft die Vorfahrt: Wir können uns heutzutage aufgrund massiver kostenträchtiger Probleme in allen Bereichen unseres Staatswesens kein weiteres Milliardengrab leisten. Denken wir an die heutige und zukünftige Jugend, die wir schon jetzt unnötigerweise zur Amortisierung eines solchen Projektes verpflichten würden. **Renate Ueckert, Ratekau**

LN -
11.09.2013

Riesenprojekt bringt der Region Nachteile

Zu „Diskussion um die Hinterlandanbindung“, LN vom 11.9.13:

Die feste Fehmarnbeltquerung ist ein Riesenprojekt, das wir wirklich nicht benötigen, das uns Ostholsteinern nur Nachteile verschaffen wird, und das mit Schwindel erregenden Kosten einhergehen wird – und wofür? Damit die Strecke von Kopenhagen nach Hamburg letztlich dreißig Minuten schneller bewältigt werden kann?

Ich fordere die Politiker aller Parteien auf, sich reelle, belastbare Zahlen über die tatsächlich zu erwartenden Kosten dieses Projekts errechnen zu lassen. Diese müssen dann auch die tatsächlich zu erwartenden Verkehrsströme auf dieser Route widerspiegeln, ohne dass die benachbarten Routen in die Fehmarnbelt-Route mit einberechnet werden.

Man wird zu dem Schluss kommen, dass zwischen Dänemark und Deutschland dringend eine neue Erörterung im Sinne des

Staatsvertrages stattfinden muss. Die Darstellung, dass die Hinterlandanbindung durch den deutsch-dänischen Staatsvertrag geregelt sei, gehört richtig gestellt!

Dierk Dürbrook, Klingberg

LN-15.9.2013